

Antrag

**der Abg. Ulrich Müller u. a. CDU und
der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Prioritätenliste bei Bundesfernstraßen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob sich das Land in den letzten Jahren gegenüber dem Bund bereit erklärt hat, eine Priorisierung der vordringlichen Bundesfernstraßen vorzunehmen, um eine Realisierungsreihenfolge zu erhalten, sofern der Bund ein einvernehmlich gefundenes Ergebnis dann zusammen mit dem Land öffentlich vertritt und ob sich der Bund umgekehrt zu einem solchen gemeinschaftlichen Verfahren bereit erklärt hat;
2. ob das Land bereit ist, unter der genannten Voraussetzung zukünftig zusammen mit dem Bund eine Priorisierung vorzunehmen und ob etwas über eine mögliche Reaktion des Bundes auf dieses Ansinnen des Landes bekannt ist;
3. wie sie die Forderung beurteilt, eine Prioritätenliste auch dann aufzustellen, wenn der Bund sich zu einem einvernehmlichen Erstellen und gemeinsamen Vertreten nicht bereit findet;
4. welchen Einfluss das Land auf das Erstellen des Investitionsrahmenplans 2006 bis 2010 des Bundes hatte;
5. ob es bisher dem Land in anderen Fällen möglich gewesen ist, durch eigene Priorisierung eine Entscheidung des Bundes im eigenen Sinne bei einzelnen Bundesfernstraßen oder bei mehrjährigen Investitionsplänen herbeizuführen;

6. wie Entscheidungen zur Aufnahme von Bundesfernstraßenprojekten in mehrjährige Investitionspläne oder zur Realisierung einer einzelnen Planung in einem bestimmten Jahr zustande kommen.

21. 06. 2007

Müller, Razavi, Scheuermann CDU

Dr. Wetzel, Dr. Arnold FDP/DVP

Begründung

Vierorts, so z. B. jüngst wieder bei der B 31 in Friedrichshafen, wird in der Öffentlichkeit kontrovers erörtert, welchen Einfluss das Land auf die Planungs- und vor allem die Realisierungsreihenfolge bei den Bundesfernstraßenprojekten hat, bzw. welchen es haben könnte, wenn es eine eigenständige Priorisierung gegenüber dem Bund vornehmen würde. Der Berichtsantrag will eine grundsätzliche Klärung dieser Frage sowohl für die Vergangenheit als auch im Hinblick auf die künftige Haltung der Landesregierung bewirken.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 11. Juli 2007 Nr. 6–04.–1210/32 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. *ob sich das Land in den letzten Jahren gegenüber dem Bund bereit erklärt hat, eine Priorisierung der vordringlichen Bundesfernstraßen vorzunehmen, um eine Realisierungsreihenfolge zu erhalten, sofern der Bund ein einvernehmlich gefundenes Ergebnis dann zusammen mit dem Land öffentlich vertritt und ob sich der Bund umgekehrt zu einem solchen gemeinschaftlichen Verfahren bereit erklärt hat;*

Zu 1.:

Der Bund hat mit seinem Bedarfsplan für Bundesfernstraßen 2001 bis 2015 eine Priorisierung der Maßnahmen in den Vordringlichen und in den Weiteren Bedarf vorgenommen.

Die Länder waren bei der Datenerhebung eingebunden und konnten zu einem Entwurf des Bedarfsplans Stellung nehmen. Die endgültigen Festlegungen erfolgten bundespolitisch. Eine differenziertere Priorisierung des Vordringlichen Bedarfs im Hinblick auf die erforderlichen Planungsaktivitäten wurde schon deshalb erforderlich, weil der Bund die entsprechenden Investitionskosten für den genannten Zeitraum bei weitem nicht bereitstellt. Da das Land im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Planung zuständig ist und gleichzeitig für einen effizienten Einsatz der von ihm zu finanzierenden Planungsmittel sorgen muss, hat es eine Priorisierung zur Steuerung der Planungsaktivitäten für die Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs vorgenommen. Das Ergebnis hat die Landesregierung dem Landtag übersandt.

2. *ob das Land bereit ist, unter der genannten Voraussetzung zukünftig zusammen mit dem Bund eine Priorisierung vorzunehmen und ob etwas über eine mögliche Reaktion des Bundes auf dieses Ansinnen des Landes bekannt ist;*
3. *wie sie die Forderung beurteilt, eine Prioritätenliste auch dann aufzustellen, wenn der Bund sich zu einem einvernehmlichen Erstellen und gemeinsamen Vertreten nicht bereit findet;*

Zu 2. und 3.:

Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs können grundsätzlich geplant werden. Das Land hat aufgrund seiner Zuständigkeit für die Planungen der Bundesfernstraßen die o. g. Planungspriorisierung vorgenommen, die nicht zwingend mit dem Bund abzustimmen ist. Darüber hinaus wäre es allerdings höchst wünschenswert und aus Sicht des Landes dringend erforderlich, eine verfeinerte Priorisierung im Hinblick auf die zeitliche Baudurchführung der einzelnen Vorhaben vorzunehmen. Erfreulicherweise hat auch der Bund in seinem Schreiben zum Investitionsrahmenplan (IRP) erklärt, dass die Maßnahmen innerhalb des IRPs zu priorisieren seien. Das wiederum kann nur gemeinsam durch Bund und Land erfolgen, damit die Projektauswahl der öffentlichen Diskussion Stand hält. Das Innenministerium hat dies dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung so mitgeteilt. Das Land hofft aufgrund des soeben genannten Schreibens des Bundes auf dessen Bereitschaft, nun eine solche gemeinsame verfeinerte Priorisierung für die zeitliche Baudurchführung vorzunehmen. Baden-Württemberg wird weiterhin auf den Bund einwirken, um dieses für beide Seiten wichtige Instrument zu erreichen. Eine einseitige „Wunschliste“ des Landes ohne ein gemeinsames Einstehen von Bund und Land hingegen wäre sachlich nutzlos und auch politisch erkennbar nicht hilfreich.

4. *welchen Einfluss das Land auf das Erstellen des Investitionsrahmenplans 2006 bis 2010 des Bundes hatte;*
5. *ob es bisher dem Land in anderen Fällen möglich gewesen ist, durch eigene Priorisierung eine Entscheidung des Bundes im eigenen Sinne bei einzelnen Bundesfernstraßen oder bei mehrjährigen Investitionsplänen herbeizuführen;*

Zu 4. und 5.:

Die Länder waren bei der Aufstellung nicht beteiligt. Die Länder hatten während dieser Phase also keine Möglichkeit, auf die Ausgestaltung des IRP durch den Bund Einfluss zu nehmen. Da der Entwurf des Bundes dann gleichzeitig mit der Aufforderung an die Länder zur Stellungnahme veröffentlicht wurde, war praktisch kein Maßnahmentausch mehr möglich. Das Land hat seine Stellungnahme auf Grundlage einer eigenen Planungspriorisierung abgegeben und beim Bund erreicht, dass weitere sehr dringliche Maßnahmen in den IRP aufgenommen wurden.

6. *wie Entscheidungen zur Aufnahme von Bundesfernstraßenprojekten in mehrjährige Investitionspläne oder zur Realisierung einer einzelnen Planung in einem bestimmten Jahr zustande kommen.*

Zu 6.:

Der Bund erstellt als Träger der Bundesfernstraßen in seinem jährlich fortzuschreibenden Bauprogramm einen Entwurf für die Realisierungsreihenfolge der vordringlichen Bundesfernstraßenmaßnahmen. Das Land erhält hierzu auf der Fachebene Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Einflussnahme des Landes ist allerdings gering, da über die jeweils wenigen Neuaufnahmen maßgeblich bundespolitisch entschieden wird.

Bei der Auswahl der Maßnahmen, die im Rahmen von Sonderprogrammen wie dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP), dem Anti-Stau-Programm (ASP), dem 2 Mrd. Euro-Programm sowie dem Ergänzungsprogramm Lückenschluss- und Staubeseitigung realisiert werden sollten, wurde das Land nicht beteiligt.

Rech

Innenminister